

Kommunal – Information

01.09.2010

kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V.

www.kf-lsa.de

Mitglied werden

Kontakt

Impressum

Inhalt

1. Themen

1.1 Daseinsvorsorge

1.2 Kommunen und Finanzkrise

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

1.4 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

1.1 Daseinsvorsorge

Der Begriff „**Daseinsvorsorge**“ ist in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt – das hat 2006 eine Internet-Umfrage im Auftrag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gezeigt. Jede Veränderung des Angebots an Daseinsvorsorgeleistungen wird aber von den Bürgern sehr sensibel wahrgenommen, denn alle sind im Alltag auf diese Leistungen angewiesen. Zu ihnen zählen die technischen Infrastrukturen Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall- und Abwasserentsorgung genauso wie die sozialen Dienstleistungen Schule, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Altenpflege und Kulturangebote. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat dazu einen Leitfaden herausgegeben:

[Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek](#)

Unter der Überschrift „**Die Stadt gehört uns - Keine Privatisierungen gegen den Bürgerwillen**“ startete ver.di Hamburg eine Volksinitiative gegen weitere Privatisierungen ihrer Stadt. Das Ziel besteht darin, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Vetorecht gegen Privatisierungen erhalten. Dazu werden bis Mitte August 2010 **10.000 Unterschriften** benötigt.

[Aufruf und Listen zum Sammeln von Unterschriften: Download hier](#)

Privatisierungen - Notwendigkeit und Folgen

Viele Kommunen haben mit der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen schlechte Erfahrungen gemacht, deshalb mehren sich die Stimmen gegen eine Privatisierung bzw. für eine Rekommunalisierung. Hier Hinweise der AG Anti-PPP:

[Öffentlich-private Partnerschaft - Risiken und Auswege](#)

1.2 Kommunen und Finanzkrise

Umfrage: Kommunen kürzen Leistungen und erhöhen Steuern

Die Unternehmensberatung Ernst & Young hat Stadtkämmerer und leitende Mitarbeiter/innen von 300 Kommunen telefonisch zur Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie zur Finanzlage und den Konsequenzen hieraus befragt. Anliegen dieser Befragung ist, die Kommunen zu ermuntern, ihr Leistungsangebot zu überprüfen und Argumente zur Abschaffung der Gewerbesteuer zu liefern.

http://www.ey.com/DE/de/Newsroom/News-releases/2010_Kommunenstudie-2010

Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zum Zwischenbericht der Gemeindefinanzkommission

http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/kommunale_spitzenverbaende_zur_gemeindefinanzkommission/index.html

Abwassergebühren - Stendaler Oberbürgermeister greift nach Büchse der Pandora

Zu Überlegungen des Stendaler Oberbürgermeisters, Abwassergebühren stadtteilbezogen zu erheben, bemerkt der für Abwasserfragen zuständige Abgeordnete der Fraktion Dr. Uwe-Volkmar Köck **MEHR**

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

Der Landtag hat am 18.06.2010 das Zweite Begleitgesetz zur Reform und elf Einzelgesetze für die Zuordnung der Gemeinden in den jeweiligen Landkreisen wurden in der Fassung der Empfehlung des Innenausschusses sowie der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen angenommen.

Im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Sachsen-Anhalt ist dieses Gesetz am 14.07.2010 verkündet worden.

[Zweites Begleitgesetz zur Gemeindegebietsreform vom 08.07.2010](#)

Dazu die [gesamte Pressemitteilung](#) des Ministerium des Innern.

Auswirkungen der Gemeindegebietsreform aus Sicht der Landtagsfraktion **DIELINKE.:**



Auswirkungen der
Gemeindegebietsrefo

1.4 Verschiedenes

Land unterstützt Mertendorf im Burgenlandkreis mit Zuweisung

Das Innenministerium bewilligt der Gemeinde Mertendorf im Burgenlandkreis eine Zuweisung in Höhe von insgesamt 1,21 Millionen Euro. Der Zuweisungsbetrag dient dem Ausgleich von Fehlbeträgen der Verwaltungshaushalte der ehemals selbstständigen Gemeinden Mertendorf, Löbnitz und Utenbach sowie der Schuldendienstunterstützung. Im Rahmen der freiwilligen Phase der Gemeindegebietsreform haben sich Mertendorf, Löbnitz, Utenbach und Görtschen zur Mitgliedsgemeinde Mertendorf der Verbandsgemeinde „Wethautal“ zusammengeschlossen.

[mehr>>](#)

Lutherstadt Eisleben erhält Liquiditätshilfe von über 650.000 Euro

Das Innenministerium bewilligt der Lutherstadt Eisleben eine Liquiditätshilfe in Höhe von 658.900 Euro zur Überbrückung von Zahlungsschwierigkeiten. Die Lutherstadt befindet sich aufgrund der fortgesetzt defizitären Haushaltslage in Liquiditätsschwierigkeiten. Bereits im Jahr 2009 erhielt die Lutherstadt Eisleben eine Bedarfszuweisung in Höhe von über 3,3 Millionen Euro. Diese Zuweisung wurde zum

teilweisen Ausgleich der Haushaltsfehlbeträge der Stadt für die Jahre 2001 bis 2006 sowie zum Ausgleich der mit Eingliederung der ehemaligen Gemeinden Rothenschirmbach, Polleben, Unterrissdorf, Bischofrode und Osterhausen übernommenen ungedeckten Fehlbeträge bewilligt.

[mehr>>](#)

Die Internationale Bauausstellung (IBA) „Stadtumbau 2010“ in Sachsen-Anhalt leistet nach Ansicht von Bauminister Dr. Karl-Heinz Daehre einen wichtigen Diskussionsbeitrag für die Stadtentwicklung in den nächsten Jahrzehnten. „Angesichts des demografischen Wandels brauchen wir völlig neue Lösungsansätze“, äußerte er am Rande der jährlichen IBA-Sommertour durch Weißenfels und Naumburg (beide Burgenlandkreis). Dieser Anspruch gelte nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern auch für andere Regionen in Deutschland, in Europa und weltweit. Im Vordergrund werde dabei künftig nicht mehr die klassische, auf Erweiterung angelegte Form der Stadtentwicklung stehen. „Der Schwerpunkt wird sich vielmehr zu Gunsten eines qualitativen Wachstums verlagern“, betonte der Minister.

Die IBA in Sachsen-Anhalt liefere zahlreiche Beispiele dafür, wie der notwendige Perspektivenwechsel vollzogen werden könne, sagte Daehre. „Entscheidend für den Erfolg ist es dabei, die Menschen von Beginn an einzubeziehen, ihre Kreativität zu fordern und so bürgerschaftliches Engagement zu fördern“, nannte der Minister drei aus seiner Sicht besonders wichtige Kriterien.

Nach Einschätzung von Daehre hat die Internationale Bauausstellung in Sachsen-Anhalt dazu beigetragen, die Außenwahrnehmung des Landes positiv zu beeinflussen. „Nicht nur in Deutschland, sondern weit darüber hinaus hat das Fachpublikum sehr anerkennend registriert, dass wir die Herausforderungen der Zukunft offensiv anpacken.“ Erstmals sei ein gesamtes Bundesland zum Experimentierfeld geworden und befasse sich mit einem weltweit aktuellen Themenkomplex: mit Abwanderung, Geburtenrückgang und der sich verändernden Bevölkerungsstruktur.

Im Rahmen der IBA haben Stadtplaner, Architekten, Bürger und Vertreter aus Politik und Verwaltung in den vergangenen acht Jahren neue Methoden des Stadtumbaus erprobt. Insgesamt 19 Städte in Sachsen-Anhalt sind an der IBA beteiligt. Dabei verfolgt jede Stadt ihr individuelles, in einem Diskussionsprozess entstandenes Thema und schärft so das eigene Profil.

Für die Internationale Bauausstellung ist kein eigenes Förderprogramm aufgelegt worden. Vielmehr wurden vorhandene Fördermöglichkeiten gebündelt und projektbezogen eingesetzt. Im Zusammenhang mit der IBA sind insgesamt rund 200 Millionen Euro investiert worden. Rund 120 Millionen Euro davon stammen aus Mitteln des Programms „Stadtumbau Ost“. Die restlichen 80 Millionen Euro kommen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), aus den Städten sowie von privaten Investoren.

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr - Magdeburg, den 29. Juli 2010

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

Gerald Grünert zur Stabilisierung und Stärkung der finanziellen Situation der Landkreise

Mit 432 Euro je Einwohner waren zum 31.12.2008 die Landkreise in Sachsen-Anhalt im Vergleich der Landkreise aller Bundesländer am zweithöchsten verschuldet. Mit dem Antrag zur Stabilisierung und Stärkung der finanziellen... [MEHR](#)

Sabine Dirlich zur Ausgestaltung der Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt

Auch dieses Thema diskutieren wir heute nicht zum ersten Mal, und nicht einmal die Punkte, die in unserem Antrag stehen, diskutieren wir heute zum ersten Mal. Aber es gibt einen aktuellen Anlass. Wir diskutieren es, weil das... [MEHR](#)

3. Veranstaltungen

In Vorbereitung der Landtagswahl 2011 beabsichtigt **DIE LINKE** im Landtag von Sachsen-Anhalt gemeinsam mit kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie kommunalpolitisch Interessierten am **4. September 2010** eine Bilanz zur Kommunalpolitik der Legislaturperiode 2006/2011 zu ziehen und möchte mit ihnen notwendige Veränderungen in den folgenden Jahren beraten.

[Einladung: Kommunalpolitischer Ratschlag Landtag Magdeburg, 4. September 10.00 Uhr, Domplatz 6 - 9](#)

Grundlage dieser Beratung bildet ebenfalls unten angegebene Broschüre:

Broschüre „Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“
[\[download PDF, 1.026 KB\]](#)

4. Veröffentlichungen

► Vor Jahren war die Tendenz zu verzeichnen, dass die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Hand die finanzielle Situation vor allem der Kommunen verbessern würde. Aber mit der Privatisierung verloren die Städte auch politischen Einfluss, der Betrieb entzog sich der öffentlichen Kontrolle. Kritiker der Privatisierung wiesen immer wieder darauf hin, dass die Privaten letztendlich nicht billiger sind als die kommunalen Dienstleister. Kommunen, die nun rekommunalisieren, haben genau das festgestellt: Die Kommunalen können die jeweilige Dienstleistung ebenso günstig anbieten wie die Privaten – und oft erbringen die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Leistung besser als die Privaten.

[REKOMMUNALISIERUNG \(PDF\)](#) Ein Leitfaden der Partei **DIELINKE**.

► Im Februar 2010 hat die Bundesregierung eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt. „Aufgabe der Kommission ist es, auf der Basis einer zeitnahen Bestandsaufnahme Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten.“ So heißt es im sechsten von acht Absätzen des Kabinettsbeschlusses. Angeblich soll zur Verbesserung des kommunalen Finanzsystems soll nach folgender Feststellung führen:
„Hierbei wird auch der aufkommensneutrale Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht geprüft werden.“



Broschüre „Die Gewerbesteuer - eine gute Gemeindesteuer. Fakten und Analysen“
(PDF-Datei, 750 KB)